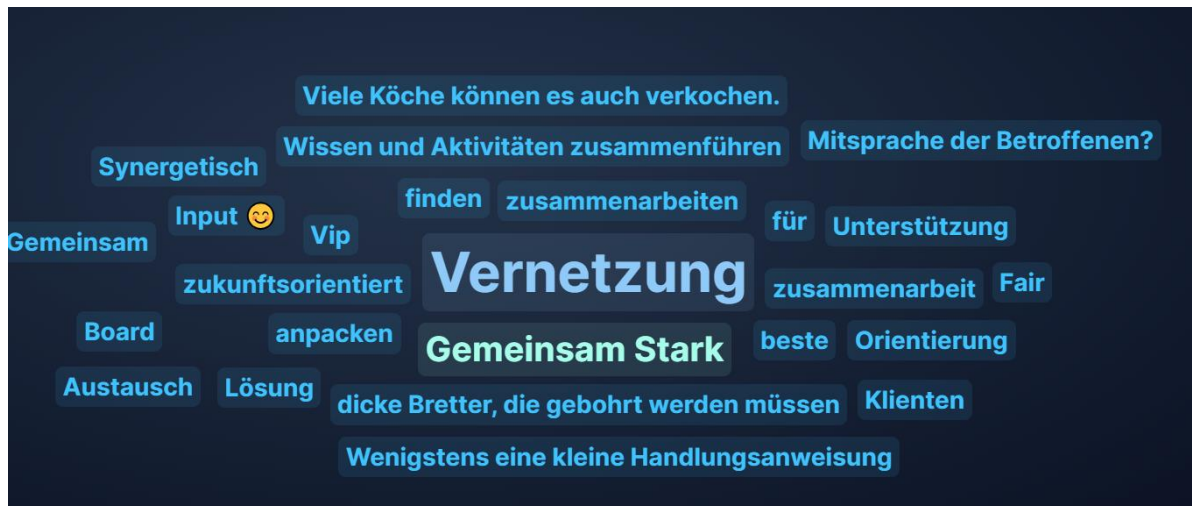


SLIDO Eingaben am 15.10.2024 in Nürnberg und Digital

**Fachtag „Mehr als ein Dach über dem Kopf“**

**An einem Strang ziehen:**

Die Empfehlungen für das Obdach- und Wohnungslosenwesen in Bayern gemeinsam umsetzen.



## 1. Erwartungen an den Fachtag

- Ideen, Anregungen und Theorie
- Neue Infos und Impulse
- Impulse und Wissen
- Aktuelle Informationen, gute informelle Gespräche 🗣️
- Neue Ideen und Input
- Neue Ideen und gute praktische Vorschläge
- Austausch, Anregungen und Informationen
- Austausch guter Ideen
- Input und Anregungen
- Out of the box – Ideen
- Neue Strategien
- Konkrete Umsetzungspläne
- Gemeinsames Verständnis
- Umgang mit Digitalisierung
- Best-practice-Beispiele
- Fachlicher Austausch
- kollegialer Austausch
- Informationen über neue Ansätze
- Wie funktioniert die Zusammenarbeit mit den Kommunen
- Vernetzung und neue Ideen, Vernetzung und Inputs, Vernetzung und unorthodoxe Ideen
- Gute Ideen, Vernetzung und interessante Blickwinkel
- Beispiele guter Praxis
- Neue Anreize und praktische Ideen für Standards in den Notunterkünften
- Begegnungen, Informationen und aktuelle Entwicklungen erfahren
- Bedarfsgerechte Unterbringungs- und Betreuungsformen und deren Finanzierung
- Motivation
- Gemeinsame Ideen entwickeln zur Umsetzung
- Guten Kaffee
- Austausch, Diskussionen, Vernetzung
- Netzwerken
- Impulse

## 2. Anregungen und Ideen zum Thema

- Ein sehr interessanter Fachtag!! Was ich mir wünsche ist mehr Input der Kolleg:innen aus der Praxis!!
- Die Herausforderungen auf allen Ebenen sind riesig, die Möglichkeiten sind allerdings auch groß. Insofern lohnt es sich, gemeinsam an einem Strang zu ziehen, um gemeinsam mehr zu erreichen und Wohnungslosigkeit wirksam zu bekämpfen.
- Dieser Fachtag hat gezeigt wie notwendig unsere Arbeit ist. Manche Punkte waren erschreckend aber auch realistisch. Ich denke gerade in der Praxis kommen wir oft an Punkte, an welchen wir nicht weiterkommen, aus welchen Gründen auch immer. Daher ist auch ein kollegiales Netzwerk sehr bereichernd. Danke.
- Es wird leider sicher nicht einfacher.....aber die Hoffnung stirbt zuletzt
- Nicht jammern klagen, gerade bei Kommunen die ihrer Unterbringungspflicht nicht nachkommen
- Ich kann nur ans Liegenschaftsamt verweisen, Unterbringung in der Unterkunft, wenn man zuletzt hier gemeldet war
- Die Gemeinden handhaben die Zuständigkeiten leider oft anders. Aktueller Aufenthalt (auch bereits wochenlanger Aufenthalt) wird nicht gezählt, eher die Meldung im Ausweis.
- Kommunen verweisen häufig auf "aber Person ist nicht hier obdachlos geworden. Ergo nicht unsere Zuständigkeit und kein Anspruch auf Unterbringung."
- Immer mehr Menschen mit schweren Sucht- und psychiatrischen Problemen in den Unterkünften Thema ist nicht mehr Vermittlung, sondern Grundsicherung und Verelendung
- Ohne bezahlbaren Wohnraum laufen viele Ideen ins Leere Die Politik ist gefordert
- Woher soll das Angebot (Wohnungsangebot) für die Klienten kommen? Wenn es keinen ausreichenden bezahlbaren Wohnraum gibt.
- Finde ich ne interessante Idee, die Meldung von freien Plätzen, ähnlich wie bei Frauenhausplätzen. Kommt sich aber mit der kommunalen Unterbringungspflicht ins Gehege
- Bei mir wollen sich viele gar nicht in der Unterkunft melden, da man mit dieser Meldeadresse hier keine Chance hat, Wohnraum oder Arbeit zu finden. Die Unterkunft die für Familien und Frauen gedacht ist, ist teilweise ohne Duschmöglichkeit.
- Aufbau einer Struktur zur Meldung von freien Plätzen für Obdachlose von unten nach oben d.h. Kommune meldet ans zuständige Landratsamt. Landratsamt an den Bezirk, Regierung, - > Bezirk/Regierung an den Freistaat freie Plätze Somit kann sichergestellt werden, dass eine Kommune (Ordnungsamt) vor Ort nicht alleine gelassen wird einen Obdachlosen unterzubringen.
- Problemlagen und Kritik sind eigentlich bekannt. Die Konsequenz auf staatlicher Seite lässt vielfach auf sich warten
- Es gilt: Machen ist krasser als wollen. Ergo brauchen wir eine rechtskonforme Umsetzung bestehender Hilfemöglichkeiten und den politischen Willen, Wohnungslosigkeit wirksam zu bekämpfen.
- Konkurrenz überwinden, nicht vom Nutzen des Trägers Projektes denken, sondern vom Menschen her denken.
- Solange es keine Wohnungen gibt und man sich diesen Wohnraum nicht radikal zurückholt kann der Großteil der eigentlichen Arbeit nicht gemacht werden
- Umsetzung
- wichtig: Schnittstelle Wohnungslosenhilfe und Hilfe für psychisch erkrankte Personen!
- Zugang zum Internet in der NU
- Die Notunterkünfte platzen aus allen Nähten, es gibt immer mehr Frauen und Kinder und Jugendliche ohne Wohnung. In der Beratung ist es schwer, Wohnraum zu finden, denn dieser ist nicht bezahlbar oder den Klient:innen wird kein Zuschlag von den Vermietenden gegeben, heißt sie bekommen die Wohnung nicht. Wir sind teilweise hilflos in unseren Möglichkeiten
- Betroffene anhören

### 3. Spezielle Fragen

- Person x ist in einer 67iger Einrichtung. Wer finanziert z.B. eine Abendschule samt Materialien, damit x einen Schulabschluss erlangen kann? Da x bereits in einer vollstationären Einrichtung lebt, ist eine Kostenübernahme über andere Stellen nach meinem momentanen Informationsstand ausgeschlossen, da der Bezug doppelter "Sozialleistungen" nicht möglich ist.
- Unterscheidung GA zu TA bei Kostenübernahme durch den Bezirk-Einheitliche Regelung bitte
- Finanzierung: Hafttag teurer als Tagessätze in den Einrichtungen, obwohl Kriminalprävention durch die Einrichtungen einhergeht. TS v.a. bei VPF nicht genügend
- Durch teure Bettplatzgebühren - Verschuldung der Familien fast vorhersehbar. Dadurch noch größerer Probleme auf dem Wohnungsmarkt. Wie Kreislauf durchbrechen?
- Gesetzliche Festlegung der Zuständigkeit bei obdachlos geworden Personen. Gemeinde ohne eigene Unterbringung sollte in Verantwortung gezogen werden können.
- Was ist mit Wiedereinweisung gemeint?

28.10.2024/Pelzer/Ott